



Ali SERTPOLAT¹

**BACKGROUND and CONSEQUENCES of the COUP D'ÉTAT IN
TURKEY of MAY 27, 1960**

Summary

On May 27, 1960 the Turkish military staged for the first time in the Turkish history a coup d'état. The military coup d'état of May 27, 1960 can be seen as the result of many events in the 1950's. Essentially the coup d'état was justified with the following reasons: The fear of losing laicism as the backbone of the state; repressions against the press; differences between Democratic Party (DP) and Republican People's Party (CHP); political, economic and social status loss of the military as well as the economic crisis lasting from 1955 to 1960. With the coup d'état, changes in the constitution were anchored, which legalized and paved the army's future inner political interventions. Thus, the intervention of May 27 become a 'model case' for later military coup d'états in Turkey.

Keywords: Military coup d'état, Democratic Party, May 27, 1960, Multiple Party System

27 MAYIS 1960 DARBESİ'NİN ARKA PLANI ve SONUÇLARI

Özet

Türk ordusu, Türkiye Cumhuriyeti tarihinde ilk darbesini 27 Mayıs 1960 tarihinde yapmıştır. 27 Mayıs Darbesi 1950'lerde yaşanan bir çok olayın sonucu olarak değerlendirilmektedir. Bu darbe önemli oranda şu faktörlerle meşrulaştırılmıştır: Devletin temel dayanağı olarak görülen laiklik ilkesinin tehdit altında olduğu korkusu; Medyaya yapılan baskılar; Demokrat Parti ve Cumhuriyet Halk Partisi arasındaki farklılıklar; Askerlerin politik, ekonomik ve sosyal statülerinde bir düşüş yaşanması ve 1955'ten 1960'a kadar devam ekonomik kriz. Darbeden kısa bir süre sonra 1961 Anayasası hazırlanmış olup, anayasaya yerleştiren bazı maddelerle gelecekte yapılacak darbelere 'meşru' bir zemin sağlanılmıştır. Bundan dolayı 27 Mayıs Darbesi Türkiye'de daha sonra yapılan darbelere Model olmuştur.

Anahtar Kelimeler: Askeri Darbe, Demokrat Parti, 27 Mayıs 1960, Çok Partili Sistem

¹ Dr., Cumhuriyet Tarihi., alisertpolat@gmail.com

EINLEITUNG

Die politische Geschichte der Türkei ist untrennbar mit Militärputschen verbunden und insbesondere die Demokratiegeschichte der Türkei kann ohne eine Berücksichtigung der Militärputsche nicht verstanden werden. Das Militär spielt seit dem Osmanischen Reich eine dominierende politische Rolle, die mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches und der Gründung der Republik Türkei im Jahre 1923 an Bedeutung noch gewann. Ohne den Befreiungskrieg gegen ausländische Besatzungstruppen, die Teile der Türkei seit dem Ende des Ersten Weltkrieges unter ihrer Kontrolle hielten, und damit ohne die prägende Gestalt des einstigen Generals Mustafa Kemal sowie das Militär wäre die Republik nicht möglich gewesen. Die Republik Türkei wurde daher im Wesentlichen vom Militär gegründet (Alpay, 2009:14). Aus diesem Grund sieht sich die türkische Armee seit der Gründung der Republik als Hüterin des Staates und der kemalistischen Staatsdoktrin. Um die Bedeutung des Militärs hinsichtlich der türkischen Identitätspolitik darzulegen, muss seine Rolle als Vermittlungsinstanz betrachtet werden. Durch das Militär sollte die Etablierung einer säkularen und homogenen türkischen Identität in der Bevölkerung sichergestellt werden (Şahin, 2009: 14). Nach diesem Verständnis war das Militär der ‚Wächter der Republik‘, was dessen wiederholtes militärisches Eingreifen in die türkische Innenpolitik als legitim erscheinen ließ. Der erste Militärputsch in der Türkei fand am 27. Mai 1960 statt. Mit diesem wurden Veränderungen in der Verfassung verankert, die den Grundstein für die ‚Legalität‘ zukünftiger innenpolitischer Interventionen durch die Armee legten. (Sertpolat, 2014: 10)

Um die Ursachen des Militärputschs vom 27. Mai 1960 zu verstehen, werden zunächst die Entwicklungen wie Etablierung des Mehrparteiensystems und die Regierungszeit der Demokratischen Partei dargestellt.

1. Übergang der Türkei zum Mehrparteiensystem

Der erste Übergangsversuch zum Mehrparteiensystem in der Türkei fand kurz nach der Gründung der Türkischen Republik im Jahre 1923 statt. Das im Dezember 1923 verabschiedete Gesetz über die Trennung von Militär und Politik bewirkte, dass viele Militärangehörige sich aus der Armee zurückzogen und im November 1924 die Fortschrittliche Republikanische Partei (Terakkiperver Cumhuriyet Fırkası) gründeten. Die Partei wurde allerdings auf Veranlassung von Mustafa Kemal ein Jahr nach der Gründung wieder aufgelöst, da er befürchtete, dass sich deren politisches Programm nicht mit der kemalistischen Ideologie vereinbaren lasse.

Der zweite Versuch ein Mehrparteiensystem in der Türkei zu etablieren, war die Gründung der Freien Republikanischen Partei (Serbest Cumhuriyet Fırkası) am 12. August 1930. Diese Partei ging aus Flügelkämpfen innerhalb der Volkspartei (Halk Partisi) hervor. Als die Freie Republikanische Partei daraufhin bei den Gemeindewahlen trotz gravierenden Wahlbetrugs erfolgreich war, kam es in der CHP und in Teilen der Bevölkerung zu Unruhen. Außerdem bemerkte Mustafa Kemal, dass sich in der neugegründeten Partei oppositionelle Kräfte bildeten, die auch gegen seine Staatsideologie opponierten. Er ließ die Partei daraufhin verbieten, da er die nationale Einheit gefährdet sah (Günay, 2010: 150). Die Republik war offensichtlich noch nicht in der Lage, ein Mehrparteiensystem zu etablieren. Damit konzentrierte sich auch weiterhin die Macht im Staat bis zum Jahre 1946 bei der CHP. Ohnehin proklamierte die CHP auf dem Parteikongress im Jahre 1931 das politische System des Landes als Einparteienregierung (Günay, 2010: 150; Akkaya / Özbek / Şen 1998:19).

Im Jahr 1945, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, nahm die Türkei an der Konferenz von San Francisco teil. Dies bedeutete für die Türkei eine Annäherung an den Westen und somit einen Schritt hin zu mehr Demokratie. Eine bedeutende Motivation für eine Annäherung der Türkei an den Westen waren die schlechten Beziehungen zur Sowjetunion, da Stalin auf der Konferenz von Jalta die Revision der Meerengenkonvention von Montreux (1936) forderte und die Rückgabe der ostanatolischen Städte Kars und Ardahan verlangte. Auf Druck der westlichen Staaten wurde nun die Liberalisierung der türkischen Wirtschaft vorangetrieben und Konzentration von Macht in den Händen der CHP aufgeweicht. Außerdem wurde der Türkei in San Francisco vorgeschlagen, weitere Parteien zuzulassen (Biyikli, 2004: 50; Oran, 2001: 492). Andere Ursachen für eine langsame Abkehr von der kemalistischen Staatsideologie lagen in dem Zusammenbruch der türkischen Wirtschaft während des Zweiten Weltkrieges. In der zweiten Hälfte des Krieges begann die türkische Regierung damit, die Preise für Produkte festzusetzen. Diese staatliche Preisfixierung führte jedoch nicht zum gewünschten Erfolg. Die wirtschaftliche Lage in der Türkei verschlechterte sich weiter. In einem Großteil der Bevölkerung kam es daraufhin zu Unruhen und die Regierung war daher gezwungen zu reagieren (Kantemur, 2013: 22-23; Moser / Weithmann, 2002: 146; Steinbach, 1996: 159; Kongar, 1978: 15). Dies führte letztlich in der Türkei zum Übergang in ein Mehrparteiensystem.

Wichtige rechtliche Voraussetzungen des Mehrparteiensystems wurden durch das neue Wahlgesetz vom 31. Mai 1946 geschaffen, das in der Großen Nationalversammlung verabschiedet wurde (Yılmaz, 2011: 102; Oehring, 1984: 8). Mit der Gründung der Nationalen Entwicklungspartei (Milli Kalkınma Partisi) am 18. Juli 1945 und der Demokratischen Partei (Demokrat Parti) am 7. Januar 1946 gelang nun auch in der politischen Wirklichkeit der Übergang zu einem Mehrparteiensystem (Çeçen, 1998: 30). Damit verlor die Republikanische Volkspartei ihre privilegierte Stellung im Staat.

2. Die Regierungszeit der Demokratischen Partei (1946-1960)

2.1. Die Anfangsjahre der Demokratischen Partei (1946-1950)

Nach der Gründung der DP konnte die Partei mit der Zeit immer mehr Wähler gewinnen, obwohl sie in ihrer Anfangszeit noch kein politisches Programm verabschiedet hatte. Doch die Menschen suchten nach anderen Optionen als der CHP und die Forderungen der DP nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in der Bevölkerung auf Zustimmung trafen (Çatalcalı, 1982: 160).

Die DP wurde innerhalb kurzer Frist zu einer Volkspartei. Die Führung der CHP beobachtete diese Entwicklungen genau und verlegte die Kommunalwahlen um ein Jahr vor, um eine mögliche Niederlage aufgrund des zukünftigen Wachstums der DP zu verhindern. Der DP blieb nicht genügend Zeit, um in allen Gemeinden eigene Kandidaten zu nominieren. Infolgedessen gelang es der DP, nur für 273 von insgesamt 465 Sitzen zu kandidieren. Während die CHP in den Wahlen am 12. Juli 1946 mit 396 Parlamentssitzen eine Mehrheit erreichen konnte, entsandte die DP nur 62 Abgeordnete in das neugewählte Parlament. Nach den Wahlen von 1946 begann die DP, für die nächste Wahl im Jahre 1950 intensiv um Wählerstimmen zu werben, wobei sie deutlich ihre Differenzen zur CHP hervorhob (Çatalcalı, 1982:162ff; Akkaya / Özbek / Şen, 1998: 25; Moser / Weithmann, 2002: 149). Die CHP reagierte mit Angriffen und beschuldigte die noch junge DP, die kemalistischen Prinzipien zu verraten und damit das Wohl der Republik zu gefährden (Kurt, 1989: 294).

Der Druck auf die CHP war durch die Neugründung der DP stark angewachsen und so beschloss die Parteispitze der CHP, Forderungen der DP in ihre eigene Politik aufzunehmen. Dies hatte jedoch nicht den gewünschten Erfolg und die DP konnte weitere Stimmen für ihre politischen Ziele gewinnen. So wurde die DP zu einer Alternative für die Menschen in der Türkei, die mehrheitlich die kemalistische Ideologie ablehnten (Akkaya / Özbek / Şen, 1998: 25; Kurt, 1989: 294; Çatalcalı, 1982: 166).

2.2. Die erste Regierungszeit der Demokratischen Partei (1950-1954)

Erstmals übernahm die DP Regierungsverantwortung nach den Parlamentswahlen vom 14. Mai 1950. Während die CHP mit nur 39,4 Prozent der Wählerstimmen eine Wahlniederlage erlitt, konnte die DP mit 52,7 Prozent die absolute Mehrheit erreichen.² Die Wahlversprechen der DP waren: die Gründung von Gewerkschaften zu erlauben, den Liberalisierungsprozess der Wirtschaft auszubauen, den Laizismus teilweise zurückzudrängen, die Landwirtschaft zu fördern und den Lebensstandard der Menschen in der Türkei zu erhöhen. Die Parlamentswahlen von 1950 beendeten die 27jährige Einparteiherrschaft der CHP und waren der Beginn einer neuen Phase in der türkischen Politik (Sertpolat, 2014: 86)

Außerdem wurde durch den Wahlsieg der DP eine Möglichkeit eröffnet, die Verbindung von Staat und Militär einzuschränken, die seit Mustafa Kemal einen Grundpfeiler des Staates bildete. Der Wahlerfolg war auch ein Gewinn für den inneren Demokratisierungsprozess der Türkei, denn die Bevölkerung merkte, dass ihr Wahlverhalten Einfluss auf die Politik des Landes hatte (Çatalcalı, 1982: 166; Günay, 2012: 193). Nach der Wahl wurde der DP-Vorsitzende Celal Bayar am 22. Mai 1950 zum Präsidenten gewählt und beauftragte Adnan Menderes mit der Regierungsbildung. Am 29. Mai 1950 wurde das Regierungsprogramm verkündet. Wichtige Inhalte der Regierungserklärung waren die Abschaffung antidemokratischer Gesetze, Pressefreiheit und Streikrechte sollten eingeführt und eine Liberalisierung der Wirtschaft vorgenommen werden, Landstraßen sollten ausgebaut und die Landwirtschaft modernisiert werden (Kurt, 1989: 294f; Kantemur, 2013: 26; Adanır, 1995: 81). Menderes bildete darauf den Ministerrat und es wurde ihm am 2. Juni 1950 das Vertrauen ausgesprochen.³ Abweichend von den Wahlversprechen wurde im Regierungsprogramm der DP am Laizismus festgehalten.

Als ersten Schritt nach der Wahl leitete die DP die versprochene Liberalisierung der Wirtschaft ein. Konkrete Maßnahmen der Regierung zur Umsetzung dieses Programmpunkts waren die Förderung von Unternehmensgründungen und die Einführung steuerlicher Erleichterungen für Anleger aus dem Ausland, mit denen Investitionen angezogen werden sollten. Dadurch wurde der Etatismus eingedämmt (Akkaya / Özbek / Şen, 1998: 26; Gerger, 2008: 65). Die Modernisierung der Landwirtschaft nahm im Regierungsprogramm der DP eine zentrale Rolle ein, da etwa 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig waren. Deren Produkte machten 90 Prozent des Exports der Türkei aus (Çatalcalı, 1982: 166). Unterstützung für die Wirtschaftspolitik der DP erfolgte durch den amerikanischen Marshallplan. Durch die amerikanische Hilfe konnten verstärkt Traktoren, Erntemaschinen und sonstige technische Geräte im Agrarbereich eingesetzt werden. Dadurch wurden nicht nur die Arbeitsbedingungen verbessert, sondern auch die Produktion in der Landwirtschaft stark gesteigert (Günay, 2012:

² Siehe auch Çavdar, Tefvik: *Türkiye'nin Demokrasi Tarihi, 1839-1950*, Ankara 1999.

³ Siehe auch Demir, Şerif: *Türk Siyasi Tarihinde Adnan Menderes*, İstanbul 2010.

1933ff). Doch hatte die Agrarpolitik auch Nachteile für die Landbevölkerung. Kleinbauern konnten nicht von den technischen Neuerungen profitieren, da diese vor allem Großgrundbesitzern vorbehalten waren. Zudem wurden viele der zuvor von Menschenhand ausgeführten Tätigkeiten durch die neuen Maschinen überflüssig. Dies führte zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Allerdings konnte das Problem der Arbeitslosigkeit durch die durchschnittliche Verbesserung des Lebensstandards der Landbevölkerung verdeckt werden (Çatalcalı, 1982: 175ff).

Die DP hatte sich durch ihre liberale Wirtschaftspolitik vom Etatismus abgekehrt und eine Zeit lang schien es so, dass sie auf die Selbstregulierung des Marktes vertraute. Ferner begann die DP-Regierung damit, öffentliche Mittel für den Ausbau der Infrastruktur bereitzustellen. Diese Politik führte zu einem raschen wirtschaftlichen Wachstum, sodass der Anteil des Privatkapitals in der türkischen Wirtschaft von 58 Prozent im Jahre 1950 innerhalb von vier Jahren um 7 Prozent anstieg. Zentrales Ziel der Menderes-Regierung war es, Unternehmer an ihre Politik zu binden und sie als Vorboten von sozialem Aufstieg und Reichtum zu stilisieren, um so alle Schichten der Bevölkerung zu erreichen (Adanır, 1995: 83; Günay, 2012: 194; Biyikli, 2004: 54).

Auch innenpolitische Reformen wurden von der DP durchgesetzt. So kam es trotz der Verankerung des Laizismus im Regierungsprogramm zu einer Lockerung in der Gesellschaft. Das Verbot, den Gebetsruf (Ezan) auf Arabisch zu halten, wurde aufgehoben. Dieses Verbot hatte die CHP im Jahre 1932 eingeführt und verordnet, dass der Ezan ausschließlich in türkischer Sprache erfolgen darf. Darüber hinaus wurde der Religionsunterricht wieder verpflichtend in öffentlichen Schulen eingeführt. Die CHP war mit diesen Reformen nicht einverstanden und es kam zu innenpolitischen Auseinandersetzungen. Die DP wollte durch diese Reformen ihre Wählerschichten an sich binden, um weiterhin an der Regierung zu bleiben (Moser / Weithmann, 2002: 153; Çatalcalı, 1982: 179).

Eine wichtige außenpolitische Entwicklung in der DP-Regierung war der Beitritt der Türkei zur NATO. Bereits am 27. Juli 1950 hatte die Menderes-Regierung die Mitgliedschaft zur NATO beantragt. Aufgrund der Teilnahme der Türkei am Koreakrieg wurde dieser Antrag auch von Seiten der USA unterstützt und so wurde schließlich die Türkei im Februar 1952 als Vollmitglied in die NATO aufgenommen. Dies gilt als wichtigster außenpolitischer Erfolg unter Menderes ((Çatalcalı, 1982 : 180 ; Akkaya / Özbek / Şen , 1998 : 27)).

Im Ganzen hat sich die DP in ihrer ersten Legislaturperiode (1950-1954) stärker für die Interessen der religiösen Bevölkerungsteile eingesetzt als die CHP. Die Wirtschaftspolitik der DP und die damit verbundenen Privatisierungen führten zu einem schnellen Anstieg Wachstum der Wirtschaftskraft der Türkei. Daher werden diese Jahre als das „goldene Zeitalter“ der DP bezeichnet (Akkaya / Özbek / Şen, 1998: 26; Kantemur, 2013: 25).

2.3. Die zweite und dritte Regierungszeit der DP (1954-1960)

Die DP beendete die erste Regierungsperiode mit Erfolg und konnte aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklungen ihren Stimmenanteil bei den Parlamentswahlen im Jahre 1954 von 52,7 Prozent auf 57,6 Prozent erhöhen. Insgesamt erhielt die DP 503 der 541 Parlamentssitze. Dagegen musste die CHP eine herbe Niederlage hinnehmen. Mit nur 35,4 Prozent der Stimmen konnte die CHP lediglich 31 Parlamentssitze für sich beanspruchen. Im Vergleich zu den Wahlen vier Jahre zuvor bedeutete dies eine Zunahme der Wählerstimmen für

die DP um 5 Prozent, während die CHP einen Verlust von 4 Prozent hinnehmen musste (Zürcher, 2008: 324ff; Günal, 2009: 127; İyigüngör, 2009: 20).

Nach der Wahl von 1954 setzte die DP ihre liberal orientierte Politik fort. Allerdings führte dies zu größeren Unruhen in der Bevölkerung, da sich eine ökonomische Oligarchie bildete, die einen Großteil des türkischen Kapitals kontrollierte. Die DP reagierte auf diese Spannungen mit Einschränkungen der Freiheit. Sie verschärfte die Pressegesetze und belegte die Nationalpartei, welche sich aus dem Reihen der DP im Jahre 1950 gebildet hatte, mit einem Verbot, weil die Liberalisierung der türkischen Wirtschaft durch die DP zum Teil auch innerparteilich abgelehnt worden war. Außerdem wurden oppositionelle Journalisten verhaftet und das Wahlgesetz zu Gunsten der DP verändert.

Das Wirtschaftswachstum im Land endete mit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 1955, da ausländisches Kapital, das die Basis der DP-Wirtschaftspolitik bildete, nicht in genügendem Maße in die Türkei einfluss. Der Wahlkampf des Jahres 1957 zwischen DP und CHP folgte derselben Dynamik wie der vorige. Zwar musste die DP mit einem Ergebnis von 47,9 Prozent beachtliche Stimmenverluste hinnehmen (-9,3 Prozent), sie konnte trotzdem wieder alleine die Regierung stellen, da die CHP nur 41,1 Prozent der Wählerstimmen gewinnen konnte.

Dieser relative Wahlerfolg der DP ging auf folgende Ursachen zurück: 1) Menderes legte den Wahltermin vor, weil er einen weiteren Verlust von Wählerstimmen in der nachfolgenden Zeit fürchtete. 2) Durch die Änderung des Wahlgesetzes in ein Mehrheitswahlrecht konnte Menderes auch mit weniger Stimmen seine absolute Mehrheit im Parlament behalten. 3) Menderes überlebte im Jahre 1957 einen Flugzeugabsturz über London (Milliyet Gazetesi, 19. Februar 1959: 1). Dieses Ereignis wurde von der DP als Zeichen für Menderes' göttliche Bestimmung im Wahlkampf inszeniert. 4) Der Regierungschef schürte in der Bevölkerung die Furcht vor der „kommunistischen Gefahr“, indem er die vom Kommunismus ausgehende Bedrohung des Islams in den Vordergrund rückte (Çatalcalı, 1982: 180; Akkaya / Özbek / Şen, 1998: 27; Moser / Weithmann, 2002: 157; Günay, 2012: 199). Aufgrund der obengenannten Ursachen konnten die Hauptgegner der DP, die CHP als auch das Militär, bei den Wahlen von 1957 erzielen keinen entscheidenden Erfolg gegen Menderes konnten. Menderes begründete die Stimmenverluste seiner Partei mit innerparteilicher Flügelbildung, negativer Berichterstattung über die DP in den Medien, Angriffen der CHP und der Ablehnung der DP durch das Militär (Kantemur, 2013: 43).

Aufgrund der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage implementierte Menderes kurz nach den Wahlen von 1957 ein wirtschaftliches Austeritätsprogramm. Außerdem versuchte er die oppositionellen Kräfte mit deren Freiheiten einschränkenden Mitteln zu verdrängen. Menderes richtete am 18. April 1960 im Parlament einen aus 15 DP-Abgeordneten bestehenden Investigativausschuss (Tahkikat Komisyonu) ein, der die Aktivitäten der CHP untersuchen sollte. Die Kommission ermittelte drei Monate lang. Nach diesen Ermittlungen wurde der CHP untersagt, politische Aktivitäten außerhalb des Parlaments auszuüben. Dagegen protestierten zunächst Verfassungsrechtler an der Universität Ankara, die dafür vom Staat zur Rechenschaft gezogen wurden. Nach diesen Ereignissen kam es in den großen Städten der Türkei zu Unruhen, an denen sich Anhänger der CHP und auch Studenten beteiligten. Die Regierung reagierte auf die innenpolitischen Protestbewegungen, indem sie den Ausnahmezustand über Ankara und Istanbul verhängen ließ und Universitäten schloss (Biyikli, 2004: 54; Zürcher, 2008: 348;

Çavdar, 2000: 79; Çatalcalı, 1982: 180; Weiher, 1978: 116).⁴ Das Militär beobachtete diese Lage und nahm im Hintergrund heimliche Vorbereitungen für einen möglichen militärischen Umsturz vor.

3. Ursachen des Militärputsches vom 27. Mai 1960

Der Militärputsch vom 27. Mai 1960 kann als Resultat viele Entwicklungen angesehen werden, die teilweise Jahre zurückreichen. Im Wesentlichen wurde er durch folgende Faktoren verursacht: die Furcht vor dem Verlust des Laizismus als der tragenden Säule des Staates, Repressionen gegenüber der Presse, Differenzen zwischen DP und CHP, der politische, ökonomische und soziale Statusverlust des Militärs sowie die Wirtschaftskrise von 1955 bis 1960.

3.1. Furcht vor Abkehr vom Laizismus

Wie oben bereits dargestellt, war der Laizismus, der die Trennung von Staat und Religion als Staatsdoktrin festschrieb, eine tragende Säule des kemalistischen Staates. Eine Abkehr vom Laizismus wurde oft mit einem generellen Islamisierungsprozess der türkischen Gesellschaft gleichgesetzt. Da sich die türkische Armee als Hüterin der Verfassung betrachtete, war sie auch bestrebt, den Laizismus als Staatsdoktrin des kemalistischen Staates zu erhalten.

Nach der Machtübernahme der DP begann in den 1950er Jahren eine Phase der Rückbesinnung auf den Islam. Ab dieser Zeit wurde die Religion zu einem wichtigen politischen Wahlkampfthema der Parteien (Adanır, 1995: 84).⁵ Auch der DP-Wahlkampf im Jahre 1950 stellte eine Stärkung der Religionsfreiheit in Aussicht. Nach dem Wahlerfolg der DP durfte der Gebetsruf wieder auf Arabisch erfolgen, religiöse Radiosendungen wurden erneut zugelassen und der Religionsunterricht wurde wieder als Pflichtfach in den öffentlichen Schulen eingeführt. Außerdem wurden religiöse Orden wie die Derwische (Tarikatlar) und von Religionsgemeinschaften angebotene Korankurse in der Türkei wieder zugelassen (Adanır, 1995: 84; Kantemur, 2013: 48; Kocaçimen, 2008: 235ff; Yıldız, 2010: 23).

Zu Konflikten zwischen der Regierungspartei und der CHP bzw. dem türkischen Militär führte auch die Frage nach dem wöchentlichen Ruhetag. Während einige DP-Delegierte forderten, diesen wieder auf den Freitag zu verlegen und den Islam wieder in der Verfassung zu verankern,⁶ sahen CHP und türkisches Militär darin einen Angriff auf den Laizismus und damit auf den Staat (Kantemur, 2013: 49; Yıldız, 2010: 24; Akbulut, 2009: 8).

3.2. Wirtschaftspolitik der DP

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann eine erfolgversprechende wirtschaftliche Entwicklung der Türkei. Dessen ungeachtet führte die Wirtschaftspolitik der DP langfristig nicht zum Erfolg. Treibender Faktor der DP-Politik war stets die Angst vor einem

⁴ Siehe auch Weiker, Walter F.: *The Turkish Revolution 1960-1961, Aspects of Military Politics*, Washington 1967, S. 16; Feroz, Ahmad, / Bedia, Turgay: *Türkiye'de Çok Partili Politikanın Açıklamalı Kronolojisi 1945-1971*, Ankara 1976.

⁵ Siehe auch Kocaçimen, Sevgi: *Demokrat Parti Döneminde TBMM'nde Laiklik Tartışmaları*, İstanbul 2008.

⁶ Die Festlegung des Islam als Staatsreligion wurde im Jahre 1928 aus der Verfassung der Türkischen Republik entfernt.

Machtverlust bei der nächsten Wahl. Daher wurden wichtige Reformen nicht durchgeführt. Die Vermeidung notwendiger Reformen schlug sich in hohen Subventionen im Agrarsektor nieder, die sich wirtschaftlich negativ auf die Kaufkraft der Türkei ausübten (Die Zeit Archiv, Ausgabe: 49, vom 08.12.1955). So erhöhte sich die Inflationsrate mit negativen Auswirkungen auf die ökonomische Lage von Angestellten, Beamten und Soldaten. Als Folge breitete sich der Schwarzmarkthandel aus. Außerdem waren die Ausgaben der Regierung Menderes nicht durch die realen Steuereinnahmen gedeckt, was einen Anstieg der Schuldenlast der Türkischen Republik verursachte. Da nach der Regierungsübernahme der DP, viele Verwaltungsangestellte mit Verbindungen zur CHP-Regierung ersetzt wurden, das nachrückende neue Führungspersonal jedoch noch nicht über die notwendige ökonomische Fachkompetenz verfügte, wurden in dieser Zeit zahlreiche finanzielle Fehlentscheidungen getroffen. Zudem entwickelten sich große soziale Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen der Türkei, da die Investitionen der Regierung sehr ungleichmäßig verteilt wurden. So wurden von 400 staatlich geförderten Projekten mehr als 200 allein in Istanbul unterstützt und die restlichen in Westanatolien. Hingegen konnte im Osten und Südosten der Türkei kein Projekt von den Fördergeldern der Regierung profitieren (Çatalcalı, 1982: 180; Yıldız, 2010: 22; Zürcher, 2008: 327).

Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich durch die schlechten Wetterbedingungen in den 1950er Jahren, da die erhofften landwirtschaftlichen Gewinne ausblieben. Mit der Verschlechterung der ökonomischen Situation verlor die DP auch zunehmend die Unterstützung der Stadtbevölkerung. Auch private Unternehmen äußerten immer häufiger Kritik an der Wirtschaftspolitik der DP. So geriet die Türkei Ende der 1950er Jahre in eine schwierige innenpolitische Lage (Kantemur, 2013: 50ff).

3.3. Repressionsmaßnahmen gegenüber der Presse

Seit der Gründung der Republik Türkei gab es eine Pressezensur. Ein Wahlversprechen der DP im Wahlkampf von 1950 lautete, diese nach einem Regierungswechsel abzuschaffen. Auf Basis dieses Versprechens erhielt die DP große Unterstützung von Journalisten und aus intellektuellen Kreisen. Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die DP wurde ein Pressegesetz erlassen, das die Londoner „Times“ zu den liberalsten Pressegesetzen in der Türkei zählte. Nunmehr durften Zeitungen und Zeitschriften ohne die Erlaubnis der Regierung herausgegeben werden. Diese Pressefreiheit wurde allerdings nach der Entsendung von Soldaten in den Koreakrieg im Jahre 1951 wieder eingeschränkt (Der Spiegel, 11. April 1960; Kantemur, 2013:50ff).

Ab dem Jahre 1952 wurde eine zentrale staatliche Verwaltungsbehörde für Zeitungspapier eingeführt. Dadurch sicherte sich die Regierung die Einflussnahme auf die Berichterstattung in der Presse, da bei Missbehagen seitens der Regierung unliebsamen Presseorganen die Zufuhr von Zeitungspapier entzogen werden konnte. So diente dieses Verwaltungsorgan als zentrale Pressezensureinrichtung (Der Spiegel, 11. April 1960; Kantemur, 2013:56). Im Jahre 1953 wurde ein Gesetz erlassen, das den türkischen Staat befähigte, direkt gegen unliebsame Journalisten vorzugehen. Als Begründung für die Sanktionen gegen Journalisten wurde häufig angeführt, dass sie Regierungsangehörige beleidigt hätten. Aufgrund dieser Entwicklung kam es im Sommer 1955 zu einem endgültigen Bruch zwischen der DP und der Presse in der Türkei. Im Jahre 1956 wurde die Pressezensur durch ein neues Gesetz erneut verschärft. Dennoch kritisierten Journalisten den Regierungschef Menderes und seine

Vetternwirtschaft, wurden dafür von der Regierung allerdings geahndet. Nach offiziellen Angaben wurden in den Jahren unter der DP-Regierung 2324 Prozesse gegen Journalisten geführt. Großen Protest löste die Verhaftung von Cahit Yalçın aus, der sich in einem Alter von 80 Jahren noch vor Gericht verteidigen musste. Eine Verschärfung der Pressezensur erfolgte durch die Errichtung eines Untersuchungsausschusses im April des Jahres 1960, der aus 15 DP-Abgeordneten bestand. Ab diesem Zeitpunkt wurden für drei Monate alle Medien verboten, da die Arbeit der Untersuchungskommission nicht durch neue Presseberichte beeinträchtigt werden sollte (Kantemur 2013, S. 56ff; Milliyet Gazetesi, 19. April 1960: 1).

3. 4. Vorgehen der Regierungspartei gegen die CHP-Opposition

Nach den Wahlen von 1950 musste die CHP zum erstenmal auf den Oppositionsbänken Platz nehmen. Diese neue Rolle konnte die ehemalige Regierungspartei nur unter Schwierigkeiten akzeptieren. Nach der Regierungsübernahme der DP wurden die starken Verbindungen zwischen der kemalistischen Staatspartei CHP und dem türkischen Verwaltungsapparat getrennt. Die DP entließ viele Verwaltungsangestellte und ersetzte sie durch Personen aus ihren eigenen Reihen. Zudem herrschte auch von Seiten der DP ein starkes Misstrauen gegenüber dem türkischen Militär, da dieses im Grundsatz an den von Mustafa Kemal etablierten Prinzipien festhielt. Daher war die DP bestrebt, den Einflussbereich der Armee wie auch der CHP soweit wie möglich zu begrenzen (Günay, 2010: 198; Aydemir, 1976: 181; Çavdar, 1999: 22ff). Zu diesem Zweck wurde das Parteivermögen der CHP konfisziert. Zu diesem gehörten der Nachlass von Atatürk und das Kapital der CHP-nahen Türkischen Arbeitsbank (İş Bankası). Ferner wurden die Volkshäuser und Dorfinstitute geschlossen, die auf Anweisung Mustafa Kemals errichtet worden waren, um die kemalistische Lehre auch in der Peripherie des türkischen Staates zu verbreiten. Auch das Vermögen dieser Einrichtungen wurde beschlagnahmt (Günay, 2010: 198; Zürcher, 2008: 326; Kocaçimen, 2008: 201.⁷

Spannungen zwischen der CHP und der DP resultierten auch aus der Änderung des Wahlgesetzes von 1954. Durch diese Gesetzesänderung wurde der Opposition untersagt das Radio für Wahlwerbung zu nutzen. Außerdem wurde durch das novellierte Gesetz die Zusammenarbeit der verschiedenen Oppositionsparteien eingeschränkt. Im April des Jahres 1959 folgte ein weiteres Gesetz, das die Versammlungsfreiheit der oppositionellen Parteien weiter einschränkte. Der Konflikt zwischen DP und CHP wurde in der Folge stärker.⁸ Zu einer Kulmination in der Auseinandersetzung zwischen der DP und der CHP kam es im April 1960, als die DP die Armee gegen die Opposition einsetzte. Diese sollte den CHP-Vorsitzenden İsmet İnönü an einem Auftritt auf einer Parteiversammlung in Zentralanatolien (Kayseri) hindern (Milliyet Gazetesi, 4. April 1960: 1). Dieser Auftrag wurde allerdings vom Militär nicht ausgeführt. Als Protest gegen den Auftrag erklärten vier hochrangige Offiziere ihren Rücktritt (Weiher, 1977: 117; Moser / Weithmann, 2002: 157). Auch auf diese Entwicklungen war die Einrichtung der Untersuchungskommission zurückzuführen. In Istanbul und Ankara kam es aufgrund der interventionistischen Politik der DP zu massiven Demonstrationen, die von der DP-Regierung nicht unter Kontrolle gebracht werden konnten. So wurde schließlich Ende April 1960 in Istanbul und Ankara der Ausnahmezustand ausgerufen (Milliyet Gazetesi, 29. und 30. April 1960: 1).

⁷ Siehe auch Turan, Şerafettin: İsmet İnönü, Yaşamı, Dönemi ve Kişiliği, Ankara 2000.

⁸ Siehe auch Som Can: Parazitli Demokrasi, İstanbul 2008.

Im Konflikt zwischen DP und CHP wurde deutlich, dass das Militär nicht hinter der Menderes-Regierung stand. Statt gegen die demonstrierenden Studenten vorzugehen, schloss sich das Militär mit Demonstranten zusammen. Am 3. Mai 1960 warnte der Generalstabschef die Regierung vor den wachsenden Unruhen in der Armee und forderte personelle Änderungen im Kabinett sowie die Abschaffung des Untersuchungsausschusses (Weiher, 1977: 117). Die Demonstrationen gegen die DP-Regierung weiteten sich aus. Schließlich nahmen sogar Kadetten an den Unruhen in Ankara teil (Akbulut, 2009: 9; Kantemur, 2013: 55; Yıldız, 2010: 26; Weiher, 1977: 117; Öymen, 2013: 743).

3.5. Statusverlust der Armee unter der DP-Regierung

Durch den Wahlsieg der DP verlor auch die türkische Armee wichtige Positionen in der Nationalversammlung, da wichtige Vertreter der CHP stets aus den Reihen des Militärs kamen. Der politische Machtverlust des Militärs wurde dadurch noch erhöht, dass Abgeordneten, die aus dem Militär stammten, das Abstimmungsrecht verweigert wurde. So verlor die Armeeführung ihren Einfluss auf die Regierung. Zudem besetzte die DP Spitzenpositionen im Militär mit DP-Sympathisanten. Nach der Regierungsübernahme im Jahre 1950 gab es Gerüchte darüber, dass das Militär den Ausgang der Wahlen nicht anerkennen würde. Die Menderes-Regierung reagierte sofort und beurlaubte 15 Generäle, darunter den Generalstabschef, und entließ weitere 150 Offiziere. Dieser Schritt sollte dazu dienen, die Stabilität der neuen Regierung zu festigen (Weiher, 1977: 115; Kantemur, 2013: 61).

Das Militär musste gleichzeitig schwere ökonomische Einbußen hinnehmen, da es von der Inflation der 1950er Jahre besonders hart betroffen war. Gemäß Weiher verschlechterte die Steigerung der Lebenshaltungskosten bis zum Jahre 1960 besonders die wirtschaftliche Situation der Militärangehörigen. Viele Offiziere verabschiedeten sich daher aus dem militärischen Dienst, da ihr Gehalt nicht mehr zur Deckung der Lebenshaltungskosten ausreichte. In der Armee verbleibende Offiziere mussten zusätzlich als erniedrigend empfundene Nebentätigkeiten ausüben, um ihren Lebensstandard zu erhalten. Daraus resultierte ein großer sozialer Statusverlust von Armeemitgliedern innerhalb der türkischen Gesellschaft (Weiher, 1977: 116).

3.6. Vorbereitungen für einen militärischen Umsturz

Erste Pläne für einen Militärputsch gab es bereits in der Mitte der 1950er Jahre. Maßgeblich für diese Vorbereitungen war die geheime „Atatürk-Gesellschaft“, die im Jahre 1955 gegründet wurde. Deren Absicht war es, eine innermilitärische Reform durchzuführen und den hohen Status der Armee in der Gesellschaft wieder herzustellen (Weiher, 1977: 117ff; Yıldız, 2010: 28; Bezwan, 2008: 190).

In der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nahmen die Spannungen zwischen DP und CHP zu. Diese Lage wurde von den Angehörigen der „Atatürk-Gesellschaft“ als besonders günstig eingestuft und die Pläne für einen Militärputsch wurden konkreter. Eine weitere Erhöhung der Spannungen resultierte aus der Verhaftung von neun Offizieren wegen des Vorwurfs der Verschwörung. Die angeklagten Offiziere wurden allerdings vom Militärgerichtshof wegen Mangel an Beweisen freigesprochen. Nach diesen Ereignissen konzentrierte sich das Geheimbündnis darauf, Schlüsselpositionen in der Armee zu besetzen. Der Kopf der Verschwörung war der Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte, Cemal Gürsel. Mit der Hilfe von Gürsel konnte diese Gruppe einige wichtige Positionen in der Armee besetzen.

Aufgrund des Ausscheidens Gürsels aus dem Militärdienst scheiterte zunächst dieser Putschversuch. Trotz dieses Rückschlags schlossen sich weitere Generäle der Geheimorganisation an und so konnte das Militär durch einen Putsch am 27. Mai 1960 die Macht im Staat übernehmen (Yetkin, 1995: 63ff; Weiher, 1977: 118; Yıldız, 2010: 28; Çatalcalı, 1982: 189).

Das Militär legitimierte den Putsch unter Bezug auf drei Gründe: 1) Die DP-Regierung habe durch die Ungleichbehandlung der Bevölkerung die Nation in zwei Lager geteilt. 2) Die Menderes-Regierung habe durch ihre Re-Islamisierung die Reformen von Mustafa Kemal unterminiert. 3) Die DP-Wirtschaftspolitik habe zu einer Instabilität des Landes geführt.⁹

4. Resultat: Verlauf des Putsches und Maßnahmen der Militärjunta

Am Morgen des 27. Mai 1960 wurde in einer Radioansprache verkündet, dass ein „Komitee der Nationalen Einheit“ (Milli Birlik Komitesi, MBK) die Regierungsgeschäfte mit sofortiger Wirkung übernommen hat (Milliyet Gazetesi, 27. Mai 1960: 1). Diese Regierungsübernahme wurde damit begründet, dass die Gefahr eines Bürgerkriegs in der Türkei abgewehrt werden müsse. General Cemal Gürsel wurde von den Putschisten als vorläufiger Staatspräsident, Premierminister und Verteidigungsminister eingesetzt (Adanır, 1995: 88; Yıldız, 2010: 29; Öymen, 2013: 24ff). Der Putsch von 1960 zog folgende Entwicklungen nach sich:

- 1) Das von der Militärjunta installierte, aus 38 Offizieren bestehende Nationale Einheitskomitee (MBK Milli Birlik Komitesi) übernahm nach dem Militärputsch die Regierungsgeschäfte. Das MBK bekannte sich zu einer raschen Rückkehr zur Demokratie. So sollte es in kurzer Zeit zu freien Wahlen kommen. Allerdings kam es nach wenigen Monaten zu Auseinandersetzungen innerhalb der MBK. Ein Teil der Mitglieder hielt an der raschen Machtübergabe an eine Zivilregierung fest, während ein anderer Teil die Errichtung eines Militärregimes forderte. Die Vertreter der letzteren Ansicht wurden bei der nächsten Konstituierung des Komitees am 13. Oktober 1960 nicht mehr berücksichtigt (Akkaya / Özbek / Şen, 1998: 28; Günay, 2010: 207ff; Çatalcalı, 1982: 193; Hottinger, 2004).
- 2) Nach dem Putsch wurde das Verfassungsorgan des „Nationalen Sicherheitsrates“ (Milli Güvenlik Kurulu, MGK)“ errichtet, welches aus dem Staatspräsidenten, dem Premierminister, den Oberbefehlshabern der Streitkräfte (Heer, Marine und Luftwaffe), dem Generalstabschef und Mitgliedern der Regierung zusammengesetzt war. Das MGK sollte eine Art Kontrollgremium der Regierung sein sowie die Regierung beraten und Empfehlungen aussprechen. Dies sollte den Einfluss des Militärs auf die Republik sichern. Dieses Organ ist heute noch Bestandteil des politischen Systems der Türkei (Moser / Weithmann, 2002: 159).
- 3) Am Tag des Putsches wurde ein 3monatiges Verbot für jegliche politische Betätigung der Parteien verhängt.
- 4) Journalisten und oppositionelle Kräfte, die während DP-Regierungszeit inhaftiert worden waren, wurden freigelassen und die Pressezensur wurde wieder aufgehoben.
- 5) Das MBK beauftragte eine Kommission von Juraprofessoren an der Universität Istanbul mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung.

⁹ Siehe auch Özbudun, Ergun: *The Role of Military in Recent Turkish Politics*, Cambridge 1966.

6) Abgeordnete und Mitglieder der DP wurden verhaftet und die DP als verfassungsfeindliches Organ verboten. Es wurde am 12. Juni 1960 ein „Hochgericht“ (Yüksek Adalet Divanı) gegründet, das die Angehörigen der DP aburteilte. Im Zuge der Verurteilungswelle wurden allein am 14. Oktober 1960 über 500 ehemalige DP-Politiker auf der Insel Yassıada vor das Hochgericht gestellt. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, öffentliche Gelder veruntreut sowie die Verfassung nicht geachtet zu haben. Weitere Anklagepunkte waren Hochverrat, Pressezensur und illegale Maßnahmen gegenüber anderen Oppositionsparteien. Im September des Folgejahres wurden die Urteile verkündet. Das Gericht verhängte über 15 Personen die Todesstrafe. Von diesen Urteilen wurden allerdings nur drei vollstreckt, da die anderen 12 Personen aus Altersgründen nicht mehr hingerichtet werden sollten. Ihre Strafen wurden in lebenslängliche Haft umgewandelt. Die drei Hingerichteten waren der ehemalige Ministerpräsident Adnan Menderes, der ehemalige Außenminister Fatin Rüştü Zorlu und der ehemalige Finanzminister Hasan Polatkan; ihre Urteile wurden am 16. und 17. September 1961 vollstreckt. Gegen weitere DP-Politiker wurden Haftstrafen von 2 bis 15 Jahren erlassen (Çatalcalı, 1982: 193; Moser / Weithmann, 2002: 158; Akkaya / Özbek / Şen, 1998: 30; Adanır, 1995: 89ff).

Nach seinem Tod kam Menderes große Popularität in konservativen Bevölkerungskreisen der Türkei zu. Zu seinen politischen Errungenschaften zählte der Ausgleich zwischen islamischen Geistlichen und der Regierung. Um diesen Ausgleich herbeizuführen, scheute Menderes auch nicht den Konflikt mit dem alten kemalistischen Establishment. Der damalige Ministerpräsident und heutige Staatspräsident Erdoğan stellt sich in die Tradition Menderes' und ließ sich im Jahre 2007 zusammen mit seinem Vorbild auf einem Werbeplakat abbilden.

Schlussfolgerung

Der Militärputsch von 1960 sollte nicht als Ausgangspunkt für die Errichtung eines Militärregimes in der Türkei betrachtet werden. Stattdessen muss er als Beseitigung der DP-Regierung verstanden werden. Aus diesem Grund ist der Putsch bis heute in der Türkei sehr umstritten. Denn einerseits stürzten die Putschisten eine frei gewählte Regierung. Andererseits jedoch legte der Putsch vom 27. Mai den Grundstein für eine neue sozio-politische Ordnung des Landes (Steinhaus, 1969: 169; Steinbach, 2002: 12).

Nach dem Putsch wurde die Verfassung von 1960 ausgearbeitet. Mit der Verfassung wurden den türkischen Staatsbürgern zahlreiche Grundrechte gewährt, aber es wurden auch Grundpflichten definiert. Der rechtsstaatliche Gestaltungswille in der Verfassung war auch in der Installierung von Verfassungs- und Verwaltungsgerichten ersichtlich (Yılmaz, 2011: 109; Steinbach, 2002: 12). Das so geschaffene Rechtswesen wird in der Türkei als „Zweikammersystem“ bezeichnet. Es soll einen möglichen Machtmissbrauch verhindern (Akkaya / Özbek / Şen, 1998: 29). Die wichtigsten Inhalte der Verfassung waren 1) die verfassungsrechtliche Verankerung von Menschenrechten, 2) die Festschreibung von Meinungs- und Glaubensfreiheit, 3) die Garantie der Freiheit zur Gründung von politischen und gewerkschaftlichen Vereinen und Parteien, 4) die Einführung von Streik- und Tarifrechten, 5) die Neustrukturierung der Gesetzgebung und eine damit verbundene Demokratisierung und 6)

die Installierung des Nationalen Sicherheitsrates und des Zweikammersystems (Yılmaz, 2011: 109; Akkaya / Özbek / Şen, 1998: 29; Çatalcalı, 1982: 200; Kantemur, 2013: 102).¹⁰

Viele linksorientierte Gruppierungen unterstützten das Vorgehen der Armee gegen die DP-Regierung. Zum ersten Mal in der Geschichte der Türkei war es erlaubt, marxistische Literatur zu publizieren und sozialistische Organisationen zu gründen. Doch erwies sich schon nach kurzer Zeit, dass diesem Prozess enge Grenzen gesetzt waren, wie die Hinrichtung der Führung der linksgerichteten 68er-Bewegung in der Türkei zeigen sollte. Zudem hat sich das Militär durch den Putsch wieder als staatstragendes Instrument etabliert und diese Rolle des Militärs wurde in der Verfassung von 1961 festgeschrieben.

Folgende zwei Artikel in der Verfassung von 1961 belegen die herausgehobene Rolle des Militärs im türkischen Staat: Artikel 2:

„Das Militär ist verpflichtet, die Kriegskunst zu lehren und anzuwenden, um das türkische Vaterland, seine Unabhängigkeit und seine Republik zu schützen.“ (Hermann 2008, 44).

Artikel 35:

„Die Aufgabe der Streitkräfte ist, die türkische Heimat und Republik der Türkei, die mit der Verfassung festgestellt ist, zu schützen und prüfend zu beobachten.“ (Hermann 2008, 44).

Die politische Haltung innerhalb der türkischen Armee hat sich mit dem Putsch in den 1960er stark verändert. Die Führungsspitze der Armee war weiterhin konservativ orientiert, doch in den mittleren und unteren Hierarchieebenen war die politische Einstellung stärker diversifiziert und sozialistische Einstellungen gewannen an Verbreitung. Die Armee begann, sich von einer streng an kemalistischen Prinzipien orientierten Organisation zu einem Abbild des gesamten politischen Spektrums der Türkei zu wandeln. Damit vergrößerten sich die inneren Differenzen in der Armee insbesondere entlang der Linie zwischen den mittleren und oberen Diensträngen. Insgesamt jedoch war die Armee trotz erhöhter Diversität politischer Auffassungen in ihren Reihen als ‚Bewacher‘ und ‚Inspekteur‘ der Republik zu betrachten. Die Politik in dieser Phase musste stets die Interessen des Militärs berücksichtigen, um überhaupt agieren und ihre Vorhaben durchsetzen zu können. Der Putsch von 1960 hat die Rolle der Armee als eigentlicher Machthaber in der Türkischen Republik bestätigt und zudem späteren Putschen als Modell und als Legitimationsgrundlage gedient. Seine verbreitete Einschätzung als liberale Revolution ist daher nur zum Teil gerechtfertigt (Sertpolat, 2014: 108).

LITERATURVERZEICHNIS

ADANIR, Fikret: Geschichte der Republik Türkei, Mannheim: BI-Taschenbuchverlag 1995.

Adelmann, Karin: Minderheiten und Menschenrechte in der Türkei. Eine Materialsammlung, Nr: 45, Bonn: Evangelischer Pressedienst 1995.

AKBULUT, Hakan: Zivilmilitärische Beziehungen in der Türkei, Wien 2009.

¹⁰ Siehe auch Şölgün, Sargut: Entzauberte Nation. Literarische Entdeckung türkischer Mentalität, Duisburg 2008, S. 230.

- AYDEMİR, Sevket Süreyya: *Ihtilalin Mantığı ve 27 Mayıs ihtilali (Mentalität der Revolution und die Revolution von 27. Mai)*, Istanbul: Remzi Kitabevi 1976.
- BEZWAN, Naif: *Türkei und Europa. Die Staatsdoktrin der Türkischen Republik, ihre Aufnahme in die EU und die kurdische Nationalfrage*, Baden-Baden: Nomos-Verlag-Ges. 2008.
- BIYIKLI, Derya: *Die außenpolitische Stellung der Türkei im Nahen und Mittleren Osten, besonders nach dem Kalten Krieg bis Ende 1999: Kontinuität oder Wandel?*, Dissertation Universität Hamburg 2004.
- ÇATALCALI, Bülent: *Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei*, Dissertation, Heidelberg 1982.
- ÇEÇEN, Anıl: *Kemalizm [Kemalismus]* Istanbul: Çağdaş Yayınları 1998.
- FEROZ, Ahmad, / TURGAY, Bedia: *Türkiye'de Çok Partili Politikanın Açıklamalı Kronolojisi 1945-1971 (Die chronologische Geschichte des Mehrparteiensystems in der Türkei)*, Ankara: Bilgi Yayınevi 1976.
- GERGER, Haluk: *Die türkische Außenpolitik nach 1945. Vom Kalten Krieg zur Neuen Weltordnung*, Köln / Karlsruhe: ISP Verlag 2008.
- GÜNAY, Cengiz: *Geschichte der Türkei. Von den Anfängen der Moderne bis heute*, Köln: Böhlau Verlag 2012.
- HOTTINGER, Arnold: *Islamische Welt. Der nahe Osten: Erfahrungen, Begegnungen, Analysen*, Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2004.
- IYIGÜNGÖR, Vildan: *Medyada Tanıklık, Türkiye'de Askeri Darbeler [Zeugnisse in Medien, Militärputsche in der Türkei]*, Istanbul: Beta Yayınevi 2009.
- KANTEMUR, Iskender: *Geschichte und Verfassungsgeschichte der Republik Türkei bis zum ersten Militärputsch vom 1960 und seiner Verfassung*, Diplomarbeit, Universität Wien 2013.
- KONGAR, Emre: *Türkiye'nin Toplumsal Yapısı [Der soziale Aufbau der Türkei]*, Ankara: Remzi Kitabevi 1978.
- KURT, Cahit: *Die Türkei auf dem Weg in die Moderne. Bildung, Politik und Wirtschaft vom Osmanischen Reich bis heute*, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag 1989.
- MOSER, Brigitte / WEITHMANN, Micheal: *Landeskunde Türkei. Geschichte, Gesellschaft und Kultur*, Hamburg: Helmut Buske Verlag 2008.
- OEHRING, Otmar: *Die Türkei im Spannungsfeld extremer Ideologien (1973-1980). Eine Untersuchung der politischen Verhältnisse*. Berlin: K. Schwarz Verlag 1984.
- ORAN, Baskın (Hrsg.): *Türk Dış Politikası, Kurtuluş Savaşından Bugüne Olgular, Belgeler, Yorumlar [Die Geschichte der Außenpolitik der Türkei. Vom Befreiungskrieg bis heute: Fakten, Dokumente, Kommentare]*, Band 1: 1919-1980, Istanbul 2001.
- ÖZBUDUN, Ergun: *The Role of Military in Recent Turkish Politics*, Cambridge 1966.
- SERTPOLAT, Ali: *Die Militärputsche in der Türkei und ihre Auswirkungen auf die Minderheitenpolitik*, (Dissertation), Universität Duisburg-Essen, 2014.

- SOM, Can: Parazitli Demokrasi (Ruinierte Demokratie), Istanbul: Cumhuriyet Kitapları 2008.
- STEINBACH, Udo: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Bergisch Gladbach: Lübbe Verlag 1996.
- STEINHAUS, Kurt: Soziologie der türkischen Revolution. Zum Problem der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in sozioökonomisch schwach entwickelten Ländern, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt 1969.
- ŞÖLGÜN, Sargut: Entzauberte Nation. Literarische Entdeckung türkischer Mentalität, Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr 2008.
- TURAN, Şerafettin: İsmet İnönü, Yaşamı, Dönemi ve Kişiliği (Leben, Persönlichkeit und seine Zeit), Ankara: T.C. Kültür Bakanlığı 2000.
- WEIHER, Gerhard: Militär und Entwicklung in der Türkei, 1945-1973. Ein Beitrag zur Untersuchung der Rolle des Militärs in der Entwicklung und Dritten Welt, Hamburg: Leske Verlag 1978.
- WEIKER, Walter F.: The Turkish Revolution 1960-1961, Aspects of Military Politics, Washington 1967.
- YETKİN, Çetin: Türkiye’de Askeri Darbeler ve Amerika (Militärputsche in der Türkei und USA), Ankara: Kilit Yayınevi 1995.
- YILDIZ, Emine: Das türkische Militär. Die Transformation des Selbstverständnisses und die Suche nach einer neuen Rolle, Diplomarbeit, Universität Wien 2010.
- YILMAZ, Nihat: Die Demokratie-Förderungspolitik der EU und die Entwicklung der Demokratie in der Türkei, (Dissertation), Universität Siegen 2011.
- ZÜRCHER, Erik Jan: Modernleşen Türkiye'nin Tarihi [Die Geschichte der modernen Türkei], Istanbul: İletişim Yayınevi 2004.

Zeitungen und Zeitschriften

- ALPAY, Şahin: „Die Politische Rolle des Militärs in der Türkei“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte: Türkei, Bpb: 39-40/2009. S. 9-15.
- DER SPIEGEL, 11. April 1960; 17. September 1961
- DIE ZEIT, Ausgabe: 49, 08. Dezember 1955
- MILLİYET GAZETESİ, 19. Februar 1959; 4. April 1960; 19. April 1960; 29. April 1960; 30. April 1960; 27. Mai 1960.
- STEINBACH, Udo: Türkei: Eingriff des Militärs, in: Informationen zur politischen Bildung, Heft: 277, 2002.